

Weinheim, den 15. September 2014



Carsten Labudda
Stadtrat

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim

An den
Oberbürgermeister
der Großen Kreisstadt Weinheim
oberbuergermeister@weinheim.de

Theodor-Heuss-Str. 14
69469 Weinheim

Telefon: 06201-876758
carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

www.dielinke-weinheim.de

Antrag der LINKEN „Vier Unterkünfte für Flüchtlinge“

Mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Gemeinderates.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Zur Sitzung des Weinheimer Gemeinderates am 24. September 2014 stellt DIE LINKE folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Antrag der Verwaltung zur Unterbringung von Flüchtlingen wird dahingehend geändert, dass nicht zwei Unterkünfte für jeweils bis zu 100 Flüchtlinge sondern **vier Unterkünfte für jeweils 48 Flüchtlinge** in Weinheim durch den Rhein-Neckar-Kreis errichtet und betrieben werden sollen. Die Standorte sollen sein:

- in der Heppenheimer Straße beim Hela-Baumarkt
- im Neubaugebiet Lützelsachsen Ebene
- in der Grundelbachstraße bei der JET-Tankstelle
- in Sulzbach am Schleimweg/Dammweg

Sollte es an einem der vier Standorte völlig unmöglich sein, eine Unterkunft für 48 Personen einzurichten, kann ersatzweise am von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Standort Theodor-Heuss-Straße eine Unterkunft für 48 Menschen vorgesehen werden. Dieser Standort soll dann über die Stettiner Straße erschlossen werden.

Als Grundlage der Planungen zu den Unterkünften sollen die konzeptionellen Vorarbeiten dienen, welche in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative „Fremde als Gäste willkommen heißen“ entwickelt wurden.

Zur Begründung:

- (1) DIE LINKE begrüßt ausdrücklich das Versprechen des Oberbürgermeisters an den Landrat, den Rhein-Neckar-Kreis dabei zu unterstützen, künftig bis zu 200 Flüchtlingen in Weinheim Unterkunft zu bieten. DIE LINKE sieht es als Gebot der Humanität, Menschen zu helfen, die Krieg und Elend mühsam entkommen sind. Deshalb verurteilen wir fremdenfeindliche und herabwürdigende Äußerungen, wie sie in den letzten Monaten leider auch von einigen Bürgerinnen und Bürgern unserer schönen Stadt geäußert wurden. Wir stehen für eine Willkommenskultur, die ganz klar JA sagt zu Solidarität und Nächstenliebe. Vor diesem Hintergrund sind wir froh, dass viele Mitbürgerinnen und Mitbürger ihren Teil bei der Integration der künftigen Nachbarinnen und Nachbarn beitragen wollen und bedankt sich für dieses vorbildliche Engagement.
- (2) DIE LINKE kann das Begehren des Landrats nachvollziehen, die Flüchtlinge auf möglichst wenige Standorte zu verteilen, um die notwendige Arbeit mit dem vorgesehenen Personal effizient zu erledigen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass diese rein verwaltungstechnische Argumentation hinter anderen Argumenten zurückstehen muss. Es geht nicht um effizient zu verwaltende „Fälle“. Es geht um Menschen, die unter großen Schwierigkeiten einer verzweiferten Lage entkommen sind. Sie brauchen Unterstützung und Zuwendung nicht nur durch das Personal des Kreises sondern auch durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, durch ihre neuen Nachbarinnen und Nachbarn. Die Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Stadt haben mehrfach deutlich gemacht, dass sie diese Hilfe leisten wollen. Und sie haben deutlich gemacht, dass sie dies gern in kleineren Unterkünften als den vom Oberbürgermeister und vom Landrat vorgesehenen tun wollen.
- (3) Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und die Liga der freien Wohlfahrtspflege sind seit vielen Jahren mit der Hilfe für Flüchtlinge befasst und fordern laut und deutlich eine möglichst dezentrale Unterbringung der betroffenen Menschen. Zugleich haben sie Mindestanforderungen für die Unterbringung von Flüchtlingen definiert. Diese sehen eine maximale Belegungsgröße von 50 Personen je Unterkunft vor. DIE LINKE beantragt deshalb vier Unterkünfte zu je 48 Plätzen – im Norden und Süden, im Westen und der Mitte unserer Stadt und folgt damit den Empfehlungen des Flüchtlingsrates.
- (4) Zur Bewertung der einzelnen im Verlauf der Debatte genannten Standorte:
 - a. Heppenheimer Straße beim Hela-Baumarkt: Dieser Standort ist am Längsten von allen im Gespräch und verfügt über die insgesamt gesehen höchste Akzeptanz. Da wir an den anderen Standorten Unterkünfte für 48 Menschen wollen, sollte auch hier die Planung auf diese Größe verkleinert werden.
 - b. Neubaugebiet Lützelsachsen Ebene: Im Gegensatz zum Standort am Sandloch-Sportplatz haben wir es hier mit einem Standort zu tun, der infrastrukturell sehr gut gelegen ist. Sowohl von der verkehrlichen Anbindung als auch von der Nähe zum nächsten Nahversorger ist das Neubaugebiet Lützelsachsen Ebene perfekt aufgestellt.
 - c. Grundelbachstraße bei der JET-Tankstelle: Dieser Standort fiel bei der Prüfung durch die Verwaltung durch, weil er für einen 100-Personen-Standort zu klein sei. Für eine halb so große Unterkunft sollte das Gelände ausreichen. Dazu kommt die Nähe zu Nahversorger und Bushaltestelle.
 - d. Sulzbach am Schleimweg/Dammweg: Schwierig ist die Entfernung zum nächsten Nahversorger. Diese Problematik betrifft alle Bürgerinnen und Bürger in Sulzbach. Hier muss sowieso dringend etwas passieren. Die vorgeblich besonders schwere Erschließung des Geländes halten wir für ein vorgeschobenes Argument. Der Kritik der Anwohner, dass eine 100-

Personen-Unterkunft zu groß sei, wird durch unseren Vorschlag der Verkleinerung auf 48 Personen entsprochen.

- e. Theodor-Heuss-Straße: Der Standort ist grundsätzlich gut geeignet. Da wir die Verlängerung der Theodor-Heuss-Straße als Fuß- und Radweg zum Waidsee erhalten wollen, ist jedoch eine Erschließung über die Stettiner Straße notwendig, was das Gesamtvorhaben deutlich verteuert. Weiterhin scheint dieser Standort in seiner Nachbarschaft über die größten Akzeptanzprobleme zu verfügen, weshalb er aus unserer Sicht nur als Ausweich-Lösung in Betracht kommt, falls einer der vier vorgenannten Standorte wider Erwarten nicht umsetzbar sein sollte.
 - f. Sandloch-Sportplatz: Die Verwaltung hat diesen Standort als einen von dreien in die engere Wahl genommen. Wir halten den Sandloch-Sportplatz für einen Alibi-Standort. Sowohl von den geographischen Voraussetzungen als auch von den infrastrukturellen Gegebenheiten her fällt dieser Standort aus unserer Sicht aus.
 - g. Zur Frage der Beschulung: Nicht nur in Lützelsachsen, sondern an allen vorgeschlagenen Standorten stellt sich das Problem, wie und wo die in den Unterkünften lebenden Kinder in eine Kita oder in eine Schule gehen sollen. Die Grundschule Lützelsachsen ist voll belegt. Die Pestalozzi-Grundschule ist voll. Im Umfeld der Heppenheimer Straße wird es nach der Beschlusslage der Gemeinderatsmehrheit künftig gar keine Schule mehr geben. Der Problematik einer ausreichenden Versorgung mit Schulplätzen wird die Stadt Weinheim sich stellen müssen. Die Aufhebung der Schulbezirke wird z.B. eine erste Konsequenz sein müssen.
- (5) Verschiedentlich wurde von der Verwaltungsspitze in die Debatte getragen, dass eine Entscheidung des Gemeinderates, die von den Vorschlägen der Verwaltung abweicht, zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zum Kreis und so zu Nachteilen für Weinheim führen könnte. Es wurde gar geäußert, eine Entscheidung für mehr als zwei Standorte könne zum Rückzug des Kreises führen. Die Folge sei, dass der Weinheimer Gemeinderat sich dem Vorwurf aussetzen würde, nicht verantwortlich gehandelt zu haben. Diese diffuse Drohkulisse halten wir für wenig zielführend in der sachlichen Auseinandersetzung. Im Gegenteil – DIE LINKE ist der Auffassung, dass eine den Vorschlägen des Flüchtlingsrates folgende Standort-Gestaltung nicht nur eine Verbesserung der Unterbringungssituation sondern auch einen Image-Gewinn sowohl für die Stadt Weinheim als auch für den Rhein-Neckar-Kreis mit sich bringt.
- (6) Vereinzelt wurde die Sorge geäußert, der Kreis könnte zur Unterbringung der Flüchtlinge Turnhallen oder andere Gebäude beschlagnahmen, wie dies kürzlich im Main-Tauber-Kreis geschehen ist. Eine solche Beschlagnahme ist jedoch nur dann möglich, wenn die betroffene Stadt nicht ausreichend bei der Suche nach Gebäuden oder Grundstücken zur Unterbringung mitwirkt. Durch das Angebot von zwei, drei oder sogar vier Grundstücken ist die Mitwirkung der Stadt jedoch vollumfänglich gegeben, so dass diese Sorge unbegründet ist.

Mit freundlichen Grüßen,



Carsten Labudda
[Stadtrat DIE LINKE]